

2. Internationale Demokratiekonferenz am 13. und 14. Oktober 2011 in Leipzig

"Wir sind Demokratie! Jugend und Politik im Dialog"

Über 300 Jugendliche nahmen die Gelegenheit wahr, ihre Vorstellungen von guter Politik gemeinsam mit mehr als 40 Politikerinnen und Politikern zu diskutieren, darunter Bundestagspräsident Norbert Lammert, Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau, Dr. Gregor Gysi, Daniela Kolbe und weitere Bundestagsabgeordnete, Abgeordnete des sächsischen Landtags und des Leipziger Stadtrats. Zum Abschluss der Konferenz hielten die Jugendlichen ihre zentralen Forderungen im "Leipziger Demokratiemanifest" fest. Es steckt die Felder ab, an denen Jugend und Politik in Leipzig in den kommenden Jahren weiter arbeiten werden.

Die Konferenz selbst gab für das Treffen als Einziges das Leitthema "Dialog zwischen Jugend und Politik" vor. Den jungen Teilnehmenden bot sich mit dem Open-Space-Verfahren ein adäquater Rahmen mit großen Freiräumen, die sie zwei Tage lang mit den sie bewegenden Themen ausfüllen konnten. Eine große Zahl von Vertreterinnen und Vertretern jugendnaher Organisationen, Stiftungen und Verbänden war ebenfalls in die Konferenz eingebunden und begleitete diesen Prozess mit fachlicher Kompetenz. Im Vordergrund stand jedoch die Kommunikation der jungen Leute untereinander und im Austausch mit den Politikerinnen und Politikern.

Auch wenn angesichts der großen Heterogenität unter den Jugendlichen sowie der begrenzten Zeit nicht alle Themen auf der Konferenz erschöpfend behandelt werden konnten, traten deutlich erkennbare Schwerpunkte bei den Anliegen der Jugendlichen zu Tage. So wurde nahezu einhellig das politische System in Deutschland als eine starre und geschlossene Gesellschaft empfunden, die wenig politisch interessierte junge Menschen kaum zum Mitmachen und Engagieren einlädt. Zugleich wurde ein Mangel an Respekt und Vertrauen in die Mitwirkungsfähigkeit der Jugendlichen beklagt. Folgerichtig sind offenere Strukturen und mehr Möglichkeiten der Teilhabe für die junge Generation eine der zentralen Forderungen der Konferenz. Zudem soll nach Auffassung der Konferenzteilnehmenden insbesondere in der Schule die politische Kompetenz intensiver gefördert werden, um möglichst vielen jungen Menschen den Zugang zu politischer Partizipation zu erleichtern. Zugleich soll Schule selbst demokratischer werden, so die Forderung.

Generell resultieren die favorisierten Themen vorwiegend aus der realen Lebenswelt der Jugendlichen. Wenig überraschend lag das Thema "Demokratie in der Schule" mit großem Abstand an der Spitze der interessierenden Politikfelder, gefolgt vom Thema " Demokratie und Freiheit", bei dem es exemplarisch um die Liberalität im Internet und beim Umgang mit Drogen ging.

Das aus den Diskussionen und Arbeitsergebnissen der Workshops erarbeitete "Leipziger Demokratiemanifest" fasst die wesentlichen auf der Konferenz behandelten Themen zusammen. Es ist in seiner Formulierung bewusst in Stichworten gehalten, um den offenen und prozesshaften Charakter der mit der Konferenz verbundenen Ziele zu unterstreichen. Denn das "Leipziger Demokratiemanifest" steckt die Themen und Arbeitsfelder für die zukünftigen Demokratiekonferenzen ab, die alle 2 Jahre in

Leipzig stattfinden werden. Auch die für das kommende Jahr geplanten Zwischenveranstaltungen im Leipziger Schulmuseum (Demokratiewerkstatt) bzw. im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig werden diese Themen aufgreifen. Die Themenreihenfolge im "Leipziger Demokratiemanifest" spiegelt die von den Teilnehmenden vorgenommene Gewichtung wider.

"Leipziger Demokratiemanifest"

Demokratie und Schule

- Mehr Demokratie in der Schule zulassen, Schule als demokratischen Lebensraum begreifen und gestalten
- Mehr Mitbestimmung im täglichen Schulleben einräumen, zum Beispiel bei Schulprofil und Schulprogramm, Unterrichtsgestaltung und Mitteleinsatz
- Klima wechselseitigen Respekts und Vertrauens zwischen allen schulischen Akteurinnen und Akteuren schaffen
- Aktive Unterstützung einer partizipativen Lern- und Schulkultur durch Lehrerschaft, Behörden, Politik
- Bundesweit einheitliche Bildungsstandards einführen
- Höhere Kontinuität und Verbindlichkeit für die Ausgestaltung des Schulalltags herstellen
- Etablierung eines Bundesbildungsrates, der Vergleichbarkeit, Durchlässigkeit und Chancengleichheit im Bildungssystem sicherstellt
- Beteiligung aller bildungsrelevanten Akteurinnen und Akteure am Bildungsrat

Demokratie und Freiheit

- Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen als oberstes und schützenswertes gesellschaftspolitisches Prinzip
- Vorrang von Transparenz und Aufklärung gegenüber Bevormundung und Reglementierung
- Wirksamer Schutz und Kontrolle gegen Missbrauch von Freiräumen, zum Beispiel im Internet
- Stärkung der Eigenverantwortung durch Vermittlung von Kompetenzen (auch bei Erwachsenen sowie Politikerinnen und Politikern) und umfassende Bewusstseinsbildung
- Mehr Mittel für adäquate Ausbildung von Lehrenden, Erziehenden und Ausbildenden bereitstellen

Demokratie und Jugendbeteiligung

- Beteiligung und aktive Teilhabe von Jugendlichen an allen politischen Entscheidungsfindungsprozessen ermöglichen
- Neue Formen und Handlungsspielräume für die Einbeziehung von Jugendlichen bei Entscheidungsfindungen schaffen
- Entscheidungsfähigkeit von Jugendlichen mehr Vertrauen und Respekt entgegenbringen
- Jugendlichen mehr Mitwirkungsrechte einräumen, um einen breiteren und stabileren gesellschaftlichen Konsens zu erreichen
- Bildungsangebote ausbauen, um die Wahrnehmung von Beteiligungsmöglichkeiten zu verbessern

Demokratisches Europa

- Europa ist unsere Zukunft
- Mehr Vertrauen der Bürgerschaft in die Intentionen und Institutionen Europas herstellen
- Relevanz der europäischen Idee für das tägliche Leben aufzeigen
- Kulturellen Austausch zwischen den Menschen in den Mitgliedsländern intensivieren
- Mehr und bessere Information über die Arbeit der europäischen Institutionen bereitstellen
- Mehr Rechte für das Europäische Parlament einräumen
- Entwicklung von europäischen Parteien fördern
- Einflussnahme von Interessenvertreterinnen und -vertretern transparenter machen
- EU-weites Wahlrecht für jede Bürgerin und jeden Bürger schaffen

Demokratische Haltung in der Gesellschaft

- Demokratische Grundhaltung der Einzelnen ist Voraussetzung für das Zusammenleben in der Gesellschaft
- Stärkung demokratischer Grundwerte deutlicher als politisches Ziel ins Bewusstsein rücken
- Demokratiekompetenz ausbauen, um bessere Voraussetzungen für die Verbreitung demokratischer Haltungen zu schaffen
- Anerkennungskultur in der Kommunikation zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren und Gruppen f\u00fordern

Demokratiekonzepte

- Mehr Elemente direkter Demokratie einführen
- Wahlrecht für alle Einwohnerinnen und Einwohner einräumen
- Absenkung des Wahlalters vorantreiben
- Stärkung der Unabhängigkeit der Abgeordneten
- Aufbrechen der starren Wahllisten

Demokratie und soziale Gerechtigkeit

- Gestaltungs- und Entscheidungshoheit der Politik gegenüber Wirtschaft und Finanzmärkten stärken
- Mehr soziale Verantwortung und Entscheidungstransparenz der Wirtschaft einfordern
- Materielle Benachteiligungen verringern und Existenzminimum sichern, zum Beispiel durch Mindestlohn
- Gleichberechtigte Chance auf Teilhabe an gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung bieten

Demokratie und multikulturelle Gesellschaft

- Interkulturellen und interreligiösen Dialog beleben, zum Beispiel durch bessere Bildung und Information
- Gegenseitiges Verständnis und Toleranz gegenüber der Vielfalt anderer Werte- und Glaubensorientierungen fördern
- Schutz kultureller und religiöser Minderheiten

Demokratie und Erziehung

- Frühzeitige Entwicklung und Förderung der Demokratiekompetenz
- Demokratische Werte in der Familie leben und weitergeben
- Kinder und Jugendliche im unmittelbaren Lebensumfeld ernstnehmen

Demokratie und Extremismus

- Extreme Positionen (auf dem Boden des Grundgesetzes) als Bestandteil von Demokratie grundsätzlich akzeptieren
- Vorschnelle Stigmatisierung abweichender Meinungen vermeiden
- Wachsamkeit gegenüber Intoleranz und Menschenverachtung

Demokratie und Handeln im internationalen Zusammenhang

• Dialoge im internationalen Zusammenhang fördern.

Alle Teilnehmenden plädierten nachdrücklich für eine Fortsetzung des Dialogs zwischen Jugend und Politik im Rahmen der Leipziger Demokratiekonferenzen, die aus Anlaß des 20. Jahrestages der Friedlichen Revolution 1989 im Jahr 2009 begründet wurden und nunmehr alle zwei Jahre in Leipzig stattfinden.